

Washington: Christliche Floristin bedient keine Homo-Paare

Die US-Höchstrichter senden den Fall um eine Floristin, die wegen ihrer "Beziehung mit Jesus Christus" einem schwulen Paar keine Blumen verkaufen wollte, wieder an die Vorinstanz zurück.

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat sich am Montag geweigert, den Fall einer homosexuellenfeindlichen Floristin aus dem Staat Washington anzuhören. Der Supreme Court mit Sitz in der Hauptstadt Washington, D.C. schickte den Fall der überzeugten Protestantin Barronelle Stutzman, die sich aus religiösen Gründen geweigert hatte, zwei schwulen Männern Blumen zu verkaufen, zurück an die Höchstrichter des Bundesstaates Washington.



Der Fall um die christliche Blumenverkäuferin zieht sich bereits seit 2013 hin: Stutzman, die einen Blumenladen in der Kleinstadt Richland im Südosten des Bundesstaates betreibt, weigerte sich 2013, zwei Männern Blumen zu verkaufen, nachdem sie herausgefunden hatte, dass diese für die Hochzeit des Paares bestimmt waren. Sie sagte den verdutzten Männern, sie könne ihnen wegen ihrer "Beziehung zu Jesus Christus" keine Blumen verkaufen. Die beiden Männer waren zuvor zehn Jahre lang Stammkunden in dem Laden gewesen und ihre sexuelle Orientierung hatte ihren Aussagen zufolge nie eine Rolle gespielt. Jetzt argumentierte Stutzman aber, ihr könne als Christin nicht zugemutet werden, mit ihren Blumen eine gleichgeschlechtliche Eheschliessung zu "unterstützen".

Vor Gerichten im Westküstenstaat war Stutzman mehrfach abgeblitzt, da der Staat Washington wie die Hälfte der US-Bundesstaaten sexuelle und geschlechtliche Minderheiten vor Diskriminierung beim Zugang zu Dienstleistungen schützt. 2015 verhängte ein Gericht gegen Stutzman wegen Verstosses gegen dieses Landesgesetz eine Geldstrafe in Höhe von 1.000 Dollar und ordnete an, dass die Floristin künftig niemanden mehr wegen seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität abweisen darf. Vergangenes Jahr bestätigte der Supreme Court des Staates Washington die Entscheidung.

Richter müssen Fall von homophobem Konditor einbeziehen

Dieses Landeshöchstgericht in der Hauptstadt Olympia muss sich nach der Anweisung des höchsten Bundesgerichtes nun erneut mit dem Fall befassen. Dabei müssen die Landesrichter nun den Fall um die Konditorei Masterpiece Cakeshop einbeziehen, über den das höchste Bundesgericht Anfang Juni entscheiden hatte. Damals stellten sich sieben der neun Richter in Washington, D.C. auf die Seite eines homophoben Konditors, der keine Hochzeitstorte für Schwule backen wollte. Allerdings handelte es sich dabei nicht um ein Grundsatzurteil, vielmehr entschieden die Richter, dass der christliche Konditor von Landesbehörden wegen seines Glaubens schikaniert worden sei.

Beide Seiten im Blumen-Konflikt präsentierten sich nach der Entscheidung des Supreme Courts in der Bundeshauptstadt als Sieger. Stutzman sagte nach Angaben des Lokalsenders KEPR: "Ich bin sehr dankbar, dass das Gericht gestattet hat, meinen Fall weiter zu behandeln. Wenn der Staat Washington Recht bekäme, würde ich alles verlieren", so die Christin, die in den letzten Jahren rund 200.000 Dollar Online-Spenden von anderen Homo-Gegnern eingesammelt hatte.

Auch die homophobe Organisation Alliance Defending Freedom, die Stutzman unterstützt, zeigte sich kämpferisch. Sollte das Regionalgericht erneut keine positive Entscheidung zugunsten von Stutzman treffen, werde man erneut die Höchstrichter anrufen.

Die LGBTI-Organisation Human Rights Campaign hält es demgegenüber für praktisch ausgeschlossen, dass die Richter in Washington State aufgrund des Konditorei-Falles ihre Meinung ändern: "Im Cakeshop-Fall hat der Supreme Court entschieden, dass der Stadt Colorado seine Bürgerrechtsgesetze nicht richtig umgesetzt hat und voreingenommen gegenüber dem Gläubigen war, aber dafür gibt es keine Anzeichen im Fall des Blumenladens", erklärte HRC-Rechtsexpertin Sarah Warbelow.

Auch die Behörden des Staates Washington versicherten, dass Stutzmans Religion in diesem Diskriminierungsfall keine Feindseligkeit entgegengebracht worden sei, sondern lediglich Bürgerrechtsgesetze umgesetzt worden seien. "Ich habe volles Vertrauen darin, dass sich der Bundesstaat wieder durchsetzen wird", kommentierte der demokratische Gouverneur Jay Inslee, ein Unterstützer von Antidiskriminierungsgesetzen, in einer Pressemitteilung.

queer.de / 28.6.2018